

Mittwoch, 13. Juli 2022

Eine übergestülpte Planung

Schutz des Ortskerns Arlesheim: Nur wenige Betroffene wehren sich nicht
Ausgabe vom 12. Juli

Der Artikel zur Ortskernplanung Arlesheim hält richtig fest, dass die Betroffenen fast unisono gegen die ihnen übergestülpte Planung sind. Hauptgrund ist dabei aber nicht das Verbot von bereits jetzt nicht realisierbaren Flachdächern, sondern die noch mehr ausgeweiteten Willkürmöglichkeiten der Behörden und massive Einschränkung der privaten Gestaltungsrechte. Die Betroffenen wurden während fünf Jahren nie einbezogen oder gefragt. Sie erhielten einen Brief mit der Information, wie sie nun eingeteilt seien, eine Einladung zu einer Infoveranstaltung und sechs Tage Zeit, sich dazu zu äussern (erst nach Protest auf vier Wochen verlängert). 42 Eingaben wurden daraufhin gemacht. Versprochene schriftliche Antworten gab es seit Januar keine. Im Mai dann die Möglichkeit, im persönlichen Gespräch Dinge zu klären. Dabei verweigerte die Gemeinde Gesprächsprotokolle, da man sich nachträglich gegen deren Erstellung entschieden habe. Selbst die Herausgabe der schriftlich festgehaltenen Notizen der Gemeindevertreter, welche in die weiteren Prozesse als Informationen einfließen sollen, wurde verweigert. Wie sollen die Teilnehmer da sicher sein, dass sie richtig verstanden wurden und dass nicht veränderte Informationen weitergegeben werden? Kann man zu den Aussagen nicht stehen? Man möchte sich nicht festlegen. Auf was soll man abstellen, wenn nichts verlässlich ist? «Totmännlipolitik», Winkelzüge und Nebelkerzenstrategie sind keine vertrauensbildenden Massnahmen.
Kathrin Kilian, Arlesheim

So darf es mit dem Wolf nicht weitergehen!

Wolfsrudel reisst eine Mutterkuh – nun fordert Kanton den Abschuss
Ausgabe vom 11. Juli

Der Überfall eines Wolfsrudels auf eine 650 Kilogramm schwere Mutterkuh lässt selbst Tierschützer und Wolfsbefürworter aufhorchen. Jetzt ist das eingetreten, was von Bergbauern, Schaf- und Ziegenhaltern seit Jahren befürchtet wurde. Was jetzt passiert ist, ist mit grosser Sorge nicht das Ende der Tragödie mit dem stark zunehmenden Wolfsbestand. Gut möglich, dass in kommenden Jahren ein Wolfsangriff auf Wanderer, Hirten oder arbeitende Personen in abgelegenen Gelände erfolgt. Es braucht dringend eine neue Regelung von Bundesseite zum Wolfsbestand. Und zwar wieder eine totale Ausrottung sämtlicher Wolfsrudel, aber auch für neu zugewanderte

Wölfe aus dem Ausland. Wölfe haben heute in der dicht besiedelten und geordneten Schweiz keinen Platz und auch keine Berechtigung mehr. Es ist eine unglaubliche Frechheit, wie heute über unsere Alpwirtschaft und Hobby-Tierhalter bestimmt und befohlen wird. Leider hat die Mehrheit des Volks absolut keine Ahnung über das Verhalten von Grossraubtieren, aber sie bestimmen mit, wie es mit dem Wolf weitergehen soll. Der Entscheid für den Wolf mit der viel zu largen Bejagung und der unkontrollierten Vermehrung war voraussehbar. Die Bevölkerung der Schweiz war vor etwa 200 Jahren mit Sicherheit nicht von allen Sinnen verlassen gewesen, als sie die Ausrottung des Wolfes vollzog. Dass die heutige, im Wohlstand versinkende, grün denkende Gesellschaft die kommenden Probleme mit dem Wolf als sehr gering beurteilt, erstaunt wirklich nicht. Darum gibt es nur eine klare Zukunftsstrategie: sämtliche Wölfe müssen für den Abschluss freigegeben werden, es hat dann noch genug solche Tiere. Nur so kann die beängstigende Zukunft der Berglandwirtschaft wieder normalisiert werden.
Paul Eschbach, Diegten

Problemwölfe sofort herausnehmen

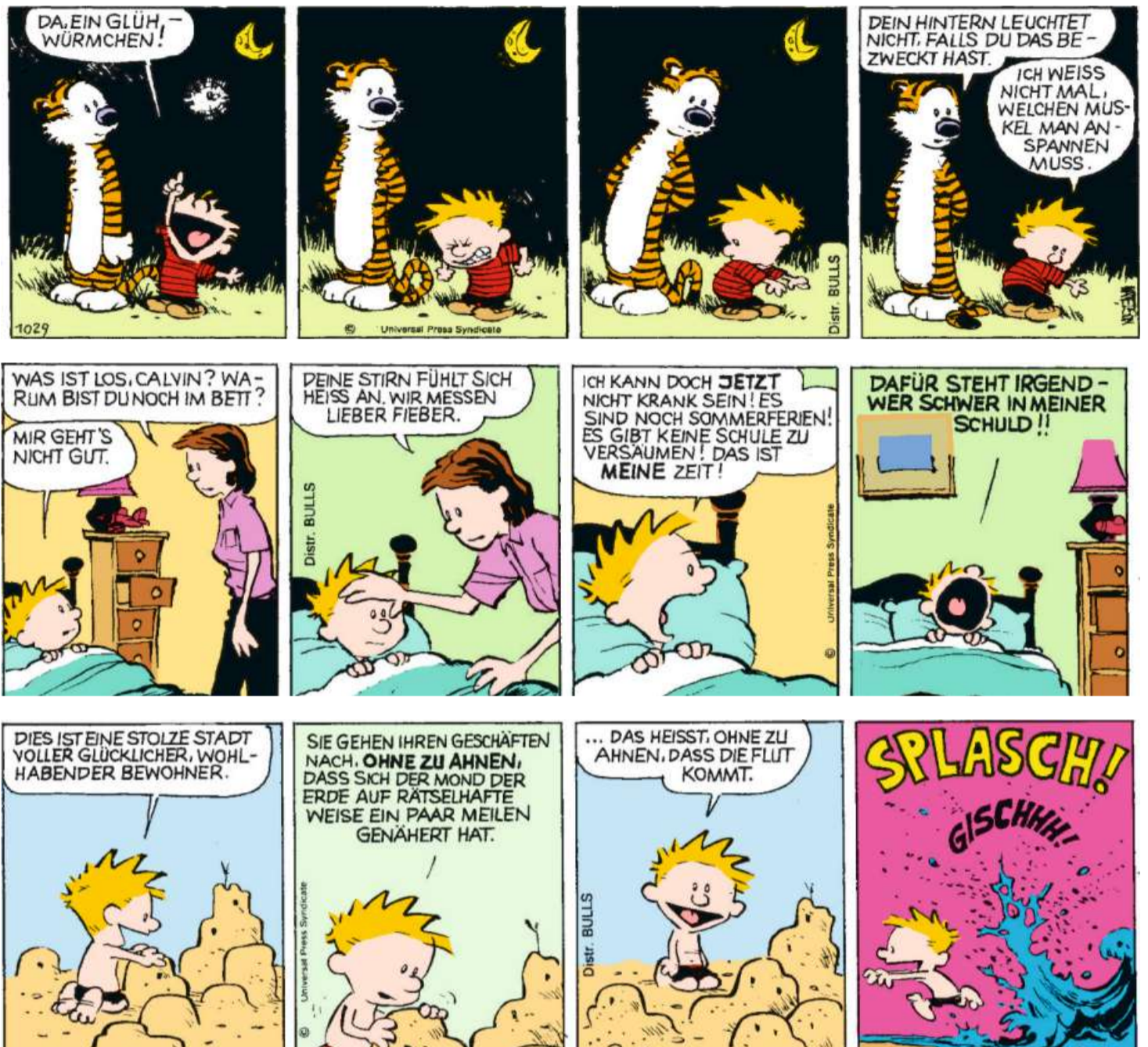
Das ist absolut fahrlässig, wie hierzulande das Bafu (Bundesamt für Umwelt) und die Kora (Koordinationsstelle des Bundes für Raubtiere) den Wolf hätscheln. Das Wolfsmangement in Deutschland zeigt es: Problemwölfe werden trotz absolutem Schutz sofort herausgenommen. Und hier wollte der Kanton Graubünden schon letztes Jahr den problematischen Leitwolf herausnehmen. Ich weiss nicht, was Frau Sommaruga, das Bafu und die Kora überlegen. Offenbar sind sie beratungsresistent. Der Wolf gehört, trotz allem Gesäusel, nicht mehr hierher. Er hat hier nicht den Platz, den er für seine weiten Wanderungen braucht. Und er ist auch für Menschen gefährlich, das zeigen die zwei Fälle in Schweden (1917) und Griechenland (1912), bei denen Menschen von Wölfen gerissen wurden.
Bernhard Spörri, ehem. Jagdaufseher, Gränichen

All das ist absurd

Flugzeuge: Die grosse Leere in der Luft
Ausgabe vom 11. Juli

Es fehlen mir die Worte zu diesem Bericht über leer fliegende Flugzeuge. Es müssen Treibstoff und Gas gespart werden und gleichzeitig erlauben sich gewisse Flugesellschaften Leerflüge! Wer hat hier nicht mehr alle Tassen im Schrank? Sind denn alle grün denkenden und umweltbewussten Menschen Idioten in ihrem Verhalten? Alles ist nur noch absurd. Was muss noch geschehen, bis ein Umdenken

Calvin



bis in die höchsten Chefetagen stattfindet? Putin kann das alles nur recht sein.
Lionel Mercier, Allschwil

Es geht nur noch um unseren Schutz

Verwahrte: Schwerverbrecher sollen mehr Freiheiten hinter Gittern erhalten
Ausgabe vom 11. Juli

Endlich kommt Bewegung in dieses traurige Kapitel. Verwahrte haben ihre Strafe längst abgesessen. Psychiater attestieren ihnen, sich nicht verändern zu können. Also «Krankheit». Zum Schutz der Gesellschaft ist Freiheitsentzug notwendig. Nicht aber erneute weitere Strafe. Unterbringung in einem normalen Gefängnis

Leserbriefe

Ihr Leserbrief mit Ihrer Meinung zum aktuellen Geschehen ist uns willkommen. Vorrang haben Zuschriften, die sich auf aktuelle Artikel beziehen, die nicht mehr als 1500 Zeichen enthalten und uns per E-Mail erreichen. Bitte Absender (Name, Vorname, Strasse, Wohnort) und Artikelbezug (Titel und Ausgabedatum) angeben.

Mail: leserbriefe@bzbasel.ch

Die Redaktion entscheidet über die Auswahl der Leserbriefe und behält sich vor, Texte zu kürzen.

mit all seinen Einschränkungen ist unwürdig. Nochmals: es geht nicht mehr um ihre Strafe, sondern um unsere Sicherheit. In Holland gibt es ein ganzes Dorf für solche Menschen. Natürlich mit doppelten Mauern und Stacheldraht. Innen aber doch einige Bewegungsfreiheit. Für den Rest des Lebens. Man stelle sich das mal vor. Unser Sicherheitsbedürfnis rechtfertigt nicht, diese Menschen zu plagen. Schön wäre es, wenn nun auch noch das Konkordat der Westschweiz mitziehen würde. Auch das Wallis.
Beat Flückiger, Oberwil

Warum nicht riesige Solarkraftwerke in den Alpen bauen?

Bund hat Notfallplan bei Strommangel
Ausgabe vom 4. Juli

Ich verstehe es nicht. Weshalb haben wir uns nicht schon lange aufgerafft, die Gefahr des Strommangels abzuwenden? Man hat die drohende Katastrophe ja schon seit Jahren kommen sehen. Warum raufen wir uns nicht zusammen, in grossem Stil Berghänge mit Solar-Panels zu bepflastern? Es gibt viele Nebentäler, die kaum begangen werden und im Winter unzählige Sonnenstunden geniessen. Zwar wäre das ein Opfer; mit Recht würde man den Verlust dieser Naturparadiese betrauern, aber die Bergwelt als Ganzes würde nicht darunter

leiden. An geeigneten Orten könnte die Anlage sogar kombiniert werden mit kleinen Pumpspeicherkraftwerken zum Tag-Nacht-Ausgleich. Der Energiemangel ist ein existenzielles Problem für uns alle, viel wichtiger als der Bau des Gotthard-Basistunnels! Der Staat muss nun die Kräfte bündeln und die Verantwortung übernehmen. Während und nach dem Zweiten Weltkrieg standen wir vor einer ähnlichen Situation. Ich erinnere mich, wie ich als Knabe den Bau der heutigen Speicherkraftwerke bewundert habe. Er war für die damalige Zeit eine Riesenleistung. Ja, man dachte sogar daran, den Silsersee und das Urserental zu opfern! Eine weitere Möglichkeit wäre der Versuch, Verträge mit Spanien, Italien oder Griechenland abzuschliessen zu gemeinsamer Finanzierung, Bau und Nutzung von Solar-Kraftwerken. Es gibt in diesen sonnenreichen Ländern riesige ungenutzte Landflächen. Wer ergreift die Initiative und überwindet die Meinungsunterschiede, um das grosse Unternehmen in Gang zu bringen?

Friedrich Oelhafen, Naturschützer und Biologe, Rapperswil

Bitte etwas mehr Leadership

In meiner Erinnerung ist es so, dass die Behörden und Ämter in früheren Zeiten die anstehenden Probleme einer Lösung zuführten. Solange

noch militärisches Know-how vorhanden war, wurde nicht über Gender-Sterne diskutiert und Frauen-Konferenzen abgehalten, sondern Lagebeurteilungen wurden erstellt, Vorsorge getroffen, in Varianten gedacht und Entschlüsse gefasst. In letzter Zeit werden uns von überforderten Magistraten und Chefbeamten laufend ungelöste Probleme gemeldet. Die Pandemie war plötzlich da. Da der Bund und die Kantone nicht auf diesen Fall vorbereitet waren, wurden wir Bürger aufgefordert, zu Hause zu bleiben. Öffentlichen Einrichtungen wurden geschlossen. Grund: Angst vor der Überlastung des nicht vorbereiteten Gesundheitssystems. Schutzmasken waren zuerst «nutzlos», später obligatorisch unter Androhung von Bussen. Aktuell warnt der Bundesrat vor einer Gas- und Strommangellage. Die Energiewende à la Leuthard und Sommaruga wird nicht mehr als Chance mit vielen Gewinnern, sondern als ungelöstes Problem dargestellt. Dass uns Europa in dieser Frage freundlich unterstützen wird, ist nach allem, was wir wissen, völlig unrealistisch. Am WEF 2020 wurde von der Bundespräsidentin verkündet, die Welt stehe in Flammen und der Umweltschutz sei die absolut dringendste Massnahme. Heute geht Europa zurück zur Kohle-Verstromung und bettelt auf der ganzen Welt um Gas für seine Industrie und Kraftwerke. Wir Bürger bitten um etwas mehr Leadership.
Hans Fischer, Widen